

*lines*

**SECRET**

6 March 1951

94-CBGFG

SUBJECT: Tillich Letter to Adenauer

TO: Chief, PBMIGHT  
Attn: [ ]

Reference: BRLNG 3956

Attached is a copy of the letter referred to in reference cable.

DECLASSIFIED AND RELEASED BY  
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY  
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B  
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT  
DATE 2007

[ ]

Enc. 1 a/s  
cc: QKFENCE (1) 1 enc

DATE 12 MAR 1951	SIGN
ACTION	YLS
[ ]	[ ]
[ ]	[ ]
[ ]	[ ]
[ ]	[ ]
[ ]	[ ]
[ ]	[ ]
ENCLOS	[ ]

**SECRET**

SECRET

ENC.

OF

3.3.1951

Herrn

Bundeskanzler  
Dr. Konrad A d e n a u e r

B o n n

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Es ist mir eine ausserordentliche Ehre, zu dem deutschen Mindestprogramm für die kommende Viererkonferenz einige Gedanken vortragen zu dürfen, die als Wünsche der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone angesehen werden können. Ich bedaure dabei, in den letzten Tagen durch Krankheit stark behindert gewesen zu sein, hoffe aber doch wenigstens in einigen Punkten eine Anregung geben zu können. Die Gedanken sind in den Grundzügen mit dem Leiter des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen durchgesprochen worden. Das Zahlenmaterial stützt sich auf Angaben der Kampfgruppe gegen Ummenschlichkeit und des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen!

Wenn die Bundesregierung die Forderung nach freien Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einschliesslich des Rechtes auf freie Meinungsäusserung, auf Pressefreiheit, auf Versammlungsfreiheit und auf Zulassung freier Parteien erhoben hat, so entspricht dies den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der von ihnen angenommenen Menschenrechts. Es entspricht ferner den Grundrechten, die in der Verfassung der Bundesrepublik gewährleistet und damit für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands auch der Bevölkerung der SBZ in Aussicht gestellt sind. Es entspricht schliesslich den paragraphierten Sätzen, die als sogenannte "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" vom sowjetzonalen Volkskongress angenommen und von der dortigen Provisorischen Volkskammer als gültig erklärt worden sind. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in mehreren Denkschriften und Erklärungen unter Beibringung umfangreichen Beweismaterials dargelegt, dass die Wahlen am 15. Oktober 1950 in der SBZ unter kommunistischer Beeinflussung und mit Verletzung des Wahlgeheimnisses stattgefunden haben und dass ihr Ergebnis betrügerisch verändert worden ist. Umso mehr muss die Bundesregierung heute auf der Abhaltung freier, gleicher und geheimer Wahlen in der SBZ als Grundlage einer Wiedervereinigung Deutschlands bestehen. Sie verlangt damit nur die Einlösung der Versprechungen, die der deutschen Bevölkerung der SBZ von ihren derzeitigen Behörden gemacht worden sind. Insbesondere weist sie dabei auf folgende Artikel der sowjetzonalen Verfassung hin: Artikel 3 (Mitbestimmung des Bürgers), 6 (Gleichheit vor dem Gesetz), 9 (Meinungsfreiheit, Verbot der Pressezensur), 12 (Vereinsfreiheit), 13 (Bildung von Wahlvereinigungen).

**SECRET**

- 2 -

Alle diese Artikel und die in ihnen der Bevölkerung zugestandenen Rechte sind von den derzeitigen Behörden der SBZ in einem Ausmasse verletzt worden, das das Vertrauen in die Gültigkeit des Rechtes auf das Schwerste erschüttert hat. Solange die Ausübung der genannten Rechte nicht tatsächlich gewährleistet und von eigens dazu berufenen Kommissionen (der Vereinten Nationen, der vier Besatzungsmächte o.N.) kontrolliert ist, kann in der Bevölkerung kein Gefühl der Sicherheit aufkommen, das die unabdingbare Voraussetzung für freie und gleiche Wahlen bildet.

Mit wachsendem Entsetzen und zugleich mit dem Gefühl inniger Anteilnahme an dem Schicksal ihrer Landsleute hat die Bundesregierung die Entwicklung des Rechtswesens und das Aufhören jeder persönlichen Sicherheit in der SBZ beobachtet. An die Stelle der Unabhängigkeit der Gerichte ist eine politisierte Rechtsprechung getreten, in welcher die Richter ihre Weisungen von dem sogenannten Staatlichen Sicherheitsdienst oder einer der Ueberwachungsstellen der Sozialistischen Einheitspartei erhalten. Der Bundesregierung ist durch die Berichte, die ihr von der hilfeschuchenden Bevölkerung der SBZ zugegangen sind, bekanntgeworden, dass ein grosser Teil der politischen Prozesse (beispielsweise die Verurteilung der 3500 aus sowjetischen Konzentrationslagern überstellten Gefangenen in Waldheim) unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vor politischen Sondergerichten stattgefunden haben. Jahrelang sind Hunderttausende von Häftlingen in Konzentrationslagern festgehalten worden, von denen auch heute noch - entgegen allen anders lautenden Behauptungen - mindestens zwei Lager in Mannsfeld und ein Lager in Zwangsarbeitsschacht Annaberg mit insgesamt 800 Häftlingen bestehen. Die Staatliche Sicherheitspolizei unterhält eigene Gefängnisse bzw. Gefängnisabteilungen, in denen die Verhafteten ohne richterlichen Schutz eingekerkert und oftmals schweren Misshandlungen ausgesetzt sind. Die Zahl dieser Gefangenen ist unbekannt, ebenso wie die Zahl derjenigen, die nach ausserhalb der SBZ deportiert worden sind; sie übersteigen aber nach den vorliegenden Berichten die Zahl von Zehntausenden bei weitem. Diese Zustände widersprechen nicht nur den Grundsätzen der zivilisierten Welt und stellen eine grauenhafte Wiederholung der nationalsozialistischen Methoden dar, sie stehen in flagrantem Widerspruch zu der sowjetzonalen Verfassung, insbesondere den Artikeln 8 (Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis usw.), 127 (Unabhängigkeit der Richter), 133 (Öffentlichkeit der Gerichte), 134 (Kein Bürger darf seinen gesetzlichen Richtern entzogen werden. Verbot der Ausnahmegerichte), 136 (Notwendigkeit richterlichen Haftbefehls usw.) und zu der Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrats.

Mit diesem System des Polizeistaats wird jede freie Meinungsäusserung in politischer Beziehung unterdrückt. Als Schein des Rechtes werden den Urteilen die Artikel 6 der sowjetzonalen Verfassung oder die Kontrollratsdirektive Nr. 38, Artikel III, Abs. 3 zugrundegelegt, wobei auch schon die geringste Kritik an dem tatsächlichen Wahlmissbrauch oder ähnlichen Zuständen in der SBZ als Boykotttätze oder nationalsozialistisches

**SECRET**

Verhalten ausgelegt wird. Neuerdings ist ein "Gesetz zum Schutz des Friedens" unter dem Vorwand einer Bekämpfung des Militarismus geschaffen worden, das in Wirklichkeit jede Abwehr vor der in der SBZ bereits vollzogenen Remilitarisierung auch ausserhalb des Gebietes der SBZ mit Todes- und Zuchthausstrafen bedroht. Das Mass der politischen Urteile ist (im Gegensatz zu Artikel 137 der sowjetzonalen Verfassung) ungeheuerlich. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Berichten sind allein im Jahre 1950 in der SBZ für angebliche politische Straftaten über 63 000 Jahre Zuchthaus und Arbeitslager verhängt worden; die Zahl der gegenwärtig in Strafhaf befindlichen politischen Gefangenen wird mit 25 000 angegeben.

Teil lediglich mit dem Ziel durchgeführt werden, die Betroffenen wegen ihrer politischen Gesinnung zu erledigen oder die Betriebe zu enteignen. Wie rigoros diese Politik gegen den Willen der Bevölkerung der SBZ durchgeführt worden ist, geht aus der Zahl der Verurteilungen hervor, die nach den vorliegenden Berichten im Jahre 1950 allein 17900 betragen hat.

Nicht unerwähnt darf schliesslich die unübersehbare Menge der Gefangenen gelassen werden, die unmittelbar durch sowjetische Militärtribunale verurteilt worden sind. Schon die Höhe des durchschnittlichen Strafmasses (15 bis 25 Jahre Arbeitslager) weist darauf hin, mit welcher Härte hier gegen die deutsche Bevölkerung der SBZ vorgegangen worden ist. Die derzeitigen Behörden der SBZ tragen eine Mitverantwortung insoweit, als ihnen ein Begnadigungsrecht zugestanden worden ist, von dem sie nur in ausserordentlich seltenen Fällen Gebrauch machen.

Als die freigewählte und verantwortliche Sprecherin des deutschen Volkes vermag die Bundesregierung zu diesem System einer totalitären Willkür nicht nur nicht zu schweigen, sie weist auch mit allem Nachdruck darauf hin, dass bei seinem Fortbestehen weder die politischen noch rechtlichen noch psychologischen Voraussetzungen gegeben sind, welche die Forderung auf freie gleiche und geheime Wahlen erst zu effektivieren vermögen. Es kann auch der Bundesregierung nicht zugemutet werden, in ein Gespräch mit den derzeitigen Behörden oder Politikern der SBZ einzutreten, solange sich in der SBZ Menschen in Haft befinden, deren einziges Verbrechen darin besteht, dass sie ihrer Übereinstimmung mit der Bundesregierung Ausdruck verliehen haben.

Die Bundesregierung erwartet deshalb, dass die derzeitigen Behörden der SBZ folgende Massnahmen als Voraussetzungen freier gleicher und geheimer Wahlen durchführen:

1. Auflösung des Staatlichen Sicherheitsdienstes (SSD) und aller anderen Ueberwachungsorgane in der SBZ, deren Rechte im Widerspruch zu den Artikeln 8, 127, 133, 134, 137 der sowjetzonalen Verfassung und zu der Kontrollratsproklamation Nr. 3 stehen.
2. Aufhebung sämtlicher verfassungswidriger Urteile, die unter Verletzung der sowjetzonalen Verfassung, insbesondere der unter 1.) genannten Artikel, sowie der einschlägigen Bestimmungen der Strafprozessordnung und der Kontrollratsproklamation Nr. 3 zustande gekommen sind.

3. Ausserkraftsetzung des Friedensschutzgesetzes und Aufhebung der bereits auf Grund des Friedensschutzgesetzes erlassenen Urteile.
4. Entlassung aller politischen Häftlinge, die auf Grund des Artikels 6 der sowjetzonalen Verfassung oder der Kontrollratsdirektive Nr.38 III 3 verurteilt worden sind, soweit sie nicht nachweislich Propaganda für ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus betrieben haben. Sofern sie in Tateinheit mit politischen Delikten gegen ein anderes Strafgesetz verstossen haben, muss ein neues Verfahren durchgeführt werden.
5. Entlassung aller politischen Schutzhäftlinge, die sich im Gewahrsam des Staatlichen Sicherheitsdienstes oder ähnlicher verfassungswidriger Institutionen befinden. Aufhebung der Sonderbestimmungen über politische Strafverfahren nach SMA-Befehl 201, da die Verfahren gegen ehemalige Nationalsozialisten als abgeschlossen gelten können. Auflösung sämtlicher Konzentrationslager.
6. Ueberprüfung aller wirtschaftspolitischen Verfahren, in denen Verurteilungen auf Grund der Wirtschaftsstrafverordnung, des Gesetzes über den innerdeutschen Handel und des SMA-Befehle 160 erfolgt sind. Alle Urteile, die auf Grund von Strafverfahren gefällt sind, die lediglich durch das Ersuchen einer Stelle der volkseigenen Wirtschaft oder unmittelbar durch SED oder ein Organ der Kontrollkommission veranlasst worden sind mit dem Ziel, die Enteignung bestimmter Betriebe zu erreichen, müssen kassiert werden.
7. Begnadigung der von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten und Haftentlassung, soweit den derseitigen Behörden der SBZ ein Begnadigungsrecht zusteht. Die derzeitigen Behörden der SBZ verpflichten sich, die Sowjetische Kontrollkommission zu ersuchen, in Zukunft Verurteilungen durch die Militärtribunale nur in solchen Fällen vornehmen zu lassen, in denen unmittelbare Angriffe gegen die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht erfolgt sind.
8. Wiederherstellung der richterlichen Unabhängigkeit und Ausserkraftsetzung aller mündlichen und schriftlichen Anordnungen, durch die der Artikel Nr.127 der sowjetzonalen Verfassung praktisch unwirksam gemacht worden ist.

SECRET

- 5 -

Indem die Bundesregierung diese Forderungen feierlich im Namen ihrer Landsleute im Gebiet der SBZ erhebt, erinnert sie die derzeitigen Behörden und Politiker der SBZ an die Versprechungen, die diese mit der Proklamierung der sowjetzonalen Verfassung eingegangen sind, und an die Verantwortung, die sie damit vor den 18 Millionen in der SBZ und vor dem gesamten deutschen Volk tragen. Die Bundesregierung besteht auf den Rechten, die ihren Landsleuten in Artikel 3 und 4 dieser Verfassung zugestanden sind und die sie vor der Staatsgewalt eines totalitären Regimes schützen sollen. Zugleich beschwört die Bundesregierung die Vertreter der vier Besatzungsmächte, endlich die grundlegenden Massnahmen zu treffen, die das Leben aller Angehörigen des deutschen Volkes und eine Wiedervereinigung in Freiheit sichern.

-----

Indem ich Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, noch einmal meinen tiefgefühlten Dank zum Ausdruck bringe dafür, dass Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihnen diese Gedanken vorzutragen, verbleibe ich mit der Versicherung der vollsten Loyalität der in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zusammengeschlossenen Widerstandsgruppen

Ihr sehr ergebener

/s/ Ernst Tjillich

SECRET